

Dresdener Nachrichten

Gegründet 1856

Druckdruck: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gesamtnummer: 25 241
Nur für Nachgelieferter: 20 011.

Lebeck's - **Dreixing-**
Kakao, Schokolade,
Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schreibleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Markenstraße 33/40.
Verlag von Leipzig & Neudorf in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr in Dresden u. Vororten bei lgl. zweimal. Entsendung ab, durch die Anzeigen-Preise. Die lgl. 32 mm breite Zeile 7. A. außerh. Sachfens 8. A. Familienanzeigen, Einzelgen und. Größen- u. Wohnungsmarkt, lgl. lgl. Post bei lgl. zweimal. Versand monat. 3. A. vierwöch. 50. A. Ausw. lgl. lgl. geg. Vorauszahlung. — Einzelnummer 1.50, Sonntagsausgabe 2.4 Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Der Bericht des Anleiheauschusses.

Uebermittlung an die Reparationskommission.

Paris, 10. Juni. Das internationale Anleihekomitee trat heute vormittag um 11 Uhr zu einer Sitzung zusammen, die bis 12 Uhr dauerte. Es konnte die Schlussredaktion seines für die Reparationskommission bestimmten Beschlusses vollenden. Spätnachmittag trat es, ohne daß es irgendeinen Beschluß über seinen späteren Wiederzusammentritt faßte. Die früher gemeldete Vertagung auf drei Monate wird in dem Protokoll nicht erwähnt. Die Reparationskommission trat um 3 Uhr nachmittags zusammen, um den Bericht des Anleihekomitees zu prüfen.

Der Bericht des Anleihekomitees

Schildert zuerst eingehend die Bestimmungen, auf Grund derer das Komitee berufen wurde. Sodann wird die durch die bekannte Antwort der Reparationskommission vom 1. Juni entstandene Lage in folgenden Ausführungen geschildert:

Nach Empfang dieser Antwort, die ergab, daß der Hauptgläubiger Deutschlands nicht wünschte, daß irgendeine Empfehlung erfolgte, die die Möglichkeit neuer Begrenzungen von Deutschlands Verpflichtungen mit sich bringen könnte, beschloß das Komitee,

daß es im Augenblick keine Untersuchungen mit Nutzen nicht fortsetzen könne, und daß es sich deshalb darauf beschränken müsse, eine Antwort auf die ursprünglich an es gerichtete, in einem eingeschränkteren Sinne ausgelegte Frage zu erteilen und gleichzeitig seine Gründe für diese Entscheidung anzugeben.

Von Anfang an waren die Bankiers einmütig der Ansicht, daß sie bei Auslegung der für sie maßgebenden Bestimmungen in einem eingeschränkteren Sinne für eine auswärtige Anleihe keine Aussicht bieten könnten. Einige Mitglieder waren jedoch der Meinung, daß, wenn die Kommission oder die Regierungen hinsichtlich der jährlichen Zahlungen, die sie von Deutschland zu fordern beabsichtigten, eine bestimmtere Feststellung machen würden, als sie gegenwärtig vorhanden ist, die Aussichten einer derartigen Anleihe als günstig erachtet werden könnten. Hätten die Mitglieder eine

einmütige Aufforderung

erhalten, festzustellen, welche Begrenzungen dieser Zahlungen nach ihrer Ansicht eine notwendige Bedingung für den auswärtigen Kredit sein würden, so wären sie froh gewesen, dem zu entsprechen. Derartige Begrenzungen wären jedoch nur als Bedingungen einer Anleihe empfohlen worden für den Fall, daß eine Anleihe gewünscht würde. Sie würden kein Urteil über die Beträge mit sich gebracht haben, die die Kommission erzwängen könnte oder sollte, falls die Regierungen sich damit begnügen würden, auf jährliche Zahlungen zu warten, ohne diese vorher im Wege der Anleihe zu mobilisieren. Selbst wenn die Kommission oder die Regierungen die Ansicht des Komitees als vernünftig betrachtet haben würden, hätten sie volle Freiheit gehabt, sich dahin schlüssig zu machen, auch weiter einer

Prüfung der deutschen Leistungsfähigkeit

und einer entsprechenden Festlegung der Zahlungen von Jahr zu Jahr den Vorschlag zu geben. Mit anderen Worten, jede etwa genannte Ziffer hätte notwendigerweise keine Ansicht über die voraussichtlich größte Leistungsfähigkeit Deutschlands, sondern nur eine Ansicht über die Beträge dargestellt, welche nach Ueberzeugung der geldgebenden Kreise der Welt, die ihr Urteil unter all den ungewöhnlichen Erscheinungen der gegenwärtigen Lage bilden müssen, bestimmt innerhalb der deutschen Leistungsfähigkeit liegen. Selbst so vorsichtig gestrichelte Zahlungen würden noch sehr beträchtlich sein.

Das Ergebnis des Berichtes

des Anleiheauschusses wird schließlich wie folgt zusammengefaßt:

Wenn das Komitee sich gezwungen sah, die Aussichten einer Anleihe bei der gegenwärtigen Lage Deutschlands entmutigend zu beurteilen, so wünscht es als Schlussergebnis nicht weniger deutlich

seine Ueberzeugung

festzustellen, daß, sofern die notwendigen Bedingungen für die Belegung des deutschen Kredits verwirklicht werden können, ansehnliche Anleihen auf allen Hauptmärkten der Welt mit Erfolg möglich gemacht werden könnten. Kein finanzielles Bedingnis hindert jetzt der Ausgabe solcher Anleihen entschieden zu hindern, günstiger als zu irgendeiner Zeit seit dem Kriege. Das Komitee wünscht der Kommission zu versichern, daß es den ernstesten Wunsch hat, alles, was in seiner Macht liegt, zu tun, um die Aufnahme solcher Anleihen zu fördern, wenn die Bedingungen, auf welche es verwiesen hat, sichergestellt werden können. Es ist sich im Inneren bewußt, welche weitgehende Hilfe für die wirtschaftliche Wiederherstellung der ganzen Welt durch die allmähliche Umwandlung der deutschen Verpflichtungen aus einer Schuld an Regierungen in eine Schuld an private Kapitalisten geboten werden würde, welche sich wie andere öffentliche Schulden nicht auf äußere Zwangsmahnahmen (Sanktionen), sondern auf den allgemeinen Kredit des Schuldnerlandes gründen würde. Es ist allerdings der Meinung, daß die Wiederaufnahme normaler Handelsbeziehungen zwischen den Völkern und die Stabilisierung der Währung ohne endgültige

Regelung der Reparationszahlungen und anderer öffentlicher Schulden unmöglich ist. Wenn daher zu irgendeiner Zeit die Kommission in der Lage ist, durch einstimmige Entschliessung die Einladung zu wiederholen, welche jetzt nur durch Mehrheitsbeschluß eine Ausdehnung erfahren hat, wird das Komitee sich freuen, wieder zusammenzutreten und die jetzt unterbrochene Untersuchung wieder aufzunehmen. Es kann nicht wissen, ob die alliierten Regierungen in der Lage sein werden, die notwendigen Bedingungen anzunehmen, aber für diesen Fall wiederholt es, daß es die Hoffnung hat, daß ansehnliche Anleihen aufgenommen werden könnten.

Endlich wünscht das Komitee darauf hinzuweisen, daß in der Zwischenzeit und selbst während des Zeitraumes zwischen einer erneuten Einladung und dem Abschluß der folgenden Verhandlungen

Deutschlands finanzielle Lage

offensichtlich mit ernstester Gefahr bedroht ist. Zeitläufige Verhandlungen über eine große und langfristige Anleihe können zu lange währen, wenn ihnen nicht sofortige Hilfe vorhergeht. Aber falls das Problem unter den angeregten besseren Umständen und mit wirklicher Aussicht auf eine endgültige Regelung erneut erwogen werden sollte, ist das Komitee der Ansicht, daß die Hindernisse, die gegenwärtig einer Interimsanleihe entgegenstehen, sich wahrscheinlich nicht als unüberwindlich erweisen werden. Mit wirklicher Hoffnung auf eine endgültige Regelung innerhalb angemessener Frist würde es viel leichter sein,

eine kurzfristige fundierte Anleihe

zustande zu bringen, in einem Maße, um Deutschlands Kredit vor dem Zusammenbruch während der Dauer der Verhandlungen zu bewahren. Das Komitee braucht kaum hinzuzufügen, daß es unter diesen Umständen sich freuen würde, jede in seiner Macht liegende Unterstützung sowohl hinsichtlich einer derartig begrenzten Anleihe, als auch hinsichtlich des größeren und bedeutungsvollen Problems zu gewähren.

Der französische Delegierte Sergent hat den Bericht nicht mit unterzeichnet.

Das Urteil der französischen Presse.

Paris, 11. Juni. Die Morgenblätter stimmen in ihrer Enttäuschung über den Schlussbericht des internationalen Anleiheauschusses überein. Das Gutachten der Bankiers, sagt „Matin“, bekräftigt entschieden den deutschen Standpunkt, weil dieser den Interessen der internationalen Finanzwelt entspricht. Dagegen bringt das Gutachten dem französischen Steuerzahler nichts Positives. So haben wir uns zwar der Gefahr der Isolierung ausgesetzt, aber es ist uns nicht gelungen, die einzige wirklich ernste Wendung der Dinge zu vermeiden, daß nicht ein Sachverständigen-Gutachten der unabhängigen Bankiers der Welt unter Vorbehalt des französischen Reparationspolitik sabotiert.

„Echo de Paris“ meint: Das Gutachten tue in London und in Washington nichts für die französische Regierung, dagegen schwäche es dadurch, daß es die Durchführung gewisser Maßnahmen unerlässlich mache, den Kredit Frankreichs in diesen beiden Hauptstädten noch mehr als bisher. Dem auffälligen (!) Deutschland wiederum gebe es einen starken Rückhalt. Die Rundgebung der Bankiers sei trotz der finanziellen Vorwände, mit denen sie umkleidet werde, rein politischer Charakter und müsse als gegen die Rechte Frankreichs gerichteter politischer Akt bloßgestellt und abgelehnt werden. — „Petit Journal“ fragt, ob es nicht besser gewesen wäre, wenn zuerst die alliierten Regierungen selbst die Reparationsfrage gründlich geprüft hätten, bevor man sie den Bankiers vorlegte. — „Journal“ erklärt: Frankreich hat gestern einen großen „moralischen“ und Vergemann einen bedeutenden materiellen Sieg davongetragen. — „Gaulois“ schreibt: Die Bankiers geben zu verstehen, daß die Anleihe durchgeföhrt worden wäre, wenn Frankreich bereit gewesen wäre, sie anders als durch das Mikroskop seiner politischen und nationalen Sorgen zu betrachten. Diese Sorgen sind indessen gerechtfertigt. In jedem Falle stehen wir mehr als je vor der peinlichen Wahl: Jollerie Aktion oder Verzicht auf das Gauleibild der wütenden Wiederherstellung.

„Deuvre“ sagt: Wir stehen vor einer sehr deutlichen Erklärung, das Veto Poincarés hat den guten Willen der Sachverständigen gelähmt. Wie in der russischen Frage, so beschränkt sich auch in der Debatte über die Reparationen Frankreich auf Proteste und glaubt seine Freiheit zu wahren, wenn es sich isoliert.

Englische Stimmen.

London, 10. Juni. Zu dem aus Paris gemeldeten Beschluß des Anleiheauschusses, sich für drei Monate zu vertagen, nehmen bisher nur wenige Blätter Stellung. „Daily News“ bezeichnet diesen Beschluß als ein erstes Ereignis. Jetzt werde die Lage in Bezug auf Deutschland unmittelbar beunruhigend. Deutschland habe die Annahme der Forderungen der Reparationskommission von einer Deutschland zugute kommenden Anleihe abhängig gemacht. Jetzt, wo die unmittelbare Aussicht auf diese Hilfe geschwunden sei, sei ein deutsches Versäumnis wahrscheinlich, obgleich die deutsche Regierung es vielleicht möglich machen werde, in der Zeit bis zur Wiederaufnahme der Erörterungen weitere Zahlungen zu leisten. „Daily Express“ schreibt, die Forderungen Frankreichs sind Streichung der alliierten Kriegsschulden bedeutenden menschlichen Opfer von Seiten Amerikas und Großbritanniens. Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten sei jeder sentimentalischen Erwägung in Bezug auf die den Vereinigten Staaten geschuldeten Summen entschieden abgeneigt. Soweit Großbritannien in Betracht komme, sei der Vorschlag, daß es keinen Anteil an den deutschen Reparationen erhalten solle, undenkbar.

Blutiger Zusammenstoß beim Hindenburgbesuch in Königsberg.

Durchbrechung der Absperrungslinie. — Kommunistscher Angriff auf eine Reichswehrabteilung. — Scharfe Schüsse.

Königsberg, 11. Juni. Der erste Tag des Hindenburg-Besuches in Königsberg ist am Sonnabend ruhig verlaufen. Der Empfang auf den Straßen, ein Begrüßungsempfang im Rathaus und in der Universität war von großer Herzlichkeit. Ueberall wurde dem Feldmarschall begeistert geshrien. Am Sonntag mittag kam es jedoch bei Gelegenheit einer linksradikalen Gegen demonstration gegen die Kundgebung, welche die Arbeiter- und Militärsvereine aus den Bezirken Königsberg und Gumbinnen, sowie die Studentenschaft und zahlreiche andere Männer- und Frauenvereine auf dem Deuaner Platz zu Ehren des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg veranstalteten, zu einem

Zusammenstoß zwischen einer Abteilung der Reichswehr und Kommunisten.

Ein Trupp Kommunisten hatte die polizeiliche Absperrungslinie am Königsberg durchbrochen und war in der Richtung nach dem Deuaner Platz gezogen. Bei den letzten Häusern von Rathhof wurden die Kommunisten in dem von der Schutzpolizei am weiteren Vordringen zum Deuaner Platz verhindert. Auf Aufforderung ihres Führers traten sie den Rückweg nach der Stadt an. Hierbei erfolgte der Zusammenstoß mit einer Abteilung der Reichswehr, bei dem fünf Personen verletzt wurden, darunter eine tödlich.

Ueber den Zusammenstoß teilt das Königsberger Wehrkreiskommando mit: Bei dem Anmarsch der Truppen des Standortes Königsberg zur militärischen Parade vor dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg auf dem Kasernenhofe der Pionierkaserne wurden auf den mit dem Polizeipräsidenten vereinbarten beiden Anmarschstraßen die Truppen und auch einzelne Offiziere von linksradikalen Teilnehmern einer gegen den Feldgottesdienst der Arbeitervereine usw. auf dem Deuaner Platz einberufenen Gegen demonstration aufs erbittertste beleidigt und tödlich angegriffen. Ein harter planmäßiger Angriff richtete sich gegen die 2. Abteilung des Artillerie-Regiments Nr. 1 in der Königs-Allee, offenbar in der Absicht, die Truppen zu entwaffnen. In dem entstehenden Handgemenge webete sich jedermann, wo er angegriffen wurde, teils mit dem Kolben, teils mit dem angepöhlten Seitengewehr, einzelne besonders bedrängte Leute mit der Schusswaffe. Es wurden etwa 15 Schüsse abgegeben. Erst nach dem Gebrauch der Schusswaffen hoben die Demonstranten aus einander. Nach Mitteilung der Polizei ist eine Zivilperson durch Bajonettstiche getötet, vier Demonstranten durch Oberschenkelschüsse verwundet worden. Der Feldmarsch der Truppen von der Parade vollzog sich reibungslos. (wtb.)

Französische Gewaltakte in Beuthen.

Beuthen, 10. Juni. Gestern abend gegen 9 1/2 Uhr wurde eine Zivilperson, wie es sich später herausstellte, ein italienischer Offizier, von einer französischen Patrouille ohne Grund belästigt. Als mehrere Zivilisten für ihn Partei nahmen, führten die Franzosen den Italiener ab. Kurz darauf wurden Zivilpersonen von derselben Patrouille auf der Tarnowitzer Straße belästigt. Die Patrouille, die sich nunmehr aufeinander bedrängt fühlte, stieß in ein Haus und schoß von einem Fenster aus auf die dort versammelte Menge. Der völlig unbeteiligte Arbeiter aus Bismarckhütte wurde durch einen Schuß getötet. Ein Angriff auf die französische Patrouille war wieder auf der Bahnhofstraße noch auf der Tarnowitzer Straße erfolgt. Morgens abend ereignete sich ein ähnlicher Zusammenstoß zwischen französischen Offizieren und Zivilisten gegen 11 1/2 Uhr abends auf der Friedrichstraße Ecke Donnersmarckstraße. Hier schoßen zwei französische Offiziere auf die Arbeiter Riffel und Karnein. Der eine Arbeiter erhielt einen Gesichtsschuß und erlag bald seinen Verletzungen, der zweite wurde schwer verwundet.

Beuthen, 10. Juni. In der letzten Nacht kam es hier und besonders in der näheren Umgebung der Stadt zu starken anhaltenden Gewehr- und Revolver-schießereien. Auch das Gefatter von Maschinen-gewehren und Detonationen von explodierenden Bomben waren deutlich vernnehmbar. Erst am Morgen trat Ruhe ein. Wie verlautet, war das Feuer gegen unläutere Elemente gerichtet, die in die Stadt eindringen wollten. (W. T. S.)

Belagerungszustand in Rasthor.

Beuthen, 11. Juni. Auf Veranlassung der Internationalen Kommission wurde mit dem heutigen Tage über den Landkreis und den Stadtkreis Rasthor der Belagerungszustand verhängt. (W. T. S.)

Der Prozeß um die Ermordung Erzbergers.

Städter Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“
Offenburg, 10. Juni. In der Vormittags Sitzung am Sonnabend wurde mit der Zeugenerhebung über die Spuren der beiden Mörder Schulz und Tilleßen fortgesetzt. Ein Polizeibeamter aus Saalfeld schildert die Durchführung der Wohnung der Familie des Schulz in Saalfeld. Es wird festgestellt, daß in Saalfeld zwei Familien namens Trost wohnen, was besonders darum wichtig ist, weil der Täter in Rudapetz sich diesen Namen beigelegt hatte. Der 18 jährige Östrertum aus Spandau erklärte auf Befragen, daß Schulz und Tilleßen vom 8. bis 11. August während ihrer Anwesenheit über Politik in Spandau nicht gesprochen hätten. Als nach dem Vorde die Täterbeschreibung bekannt geworden sei, haben sie jedoch geküßt. Es wurde festgestellt, daß der junge Östrertum einen Brief in blauem Umschlag nach Rasthor an Schulz geschickt habe. An ein Telegramm, in welchem er gebeten wurde, die Post nachzusenden, kann er sich nicht mehr erinnern. — Fräulein Emma Siegler, Inhaberin des „Goldenen Orschens“ in Ulm, bekundete, daß Tilleßen unter demselben Namen vom 17. bis 20. bei ihr gewohnt